

Plädoyers für geeintes Dettenheim

Gemeinderat votierte mehrheitlich für die Abschaffung der „Unechten Teilortswahl“

Von unserem Mitarbeiter
Alexander Werner

Dettenheim. Die „Unechte Teilortswahl“ in Dettenheim ist Geschichte. Seit der Fusion von Liedolsheim und Rußheim 1975 hatte sie bei Kommunalwahlen Bestand. Nun beschloss der Gemeinderat bei elf Ja- und sechs NeinStimmen sowie zwei Enthaltungen, diesen Modus abzuschaffen – ein symbolträchtiger Entscheid nach lebhafter Diskussion mit ganz konkreten Auswirkungen auf die Zusammensetzung künftiger Gremien.

Diese ergibt sich ab nun ortsteilunabhängig nach gesamtgemeindlichen Stimmenanteilen. Damit fiel also gleichzeitig das bislang gemeindlich festgelegte Verhältnis von zehn Liedolsheimer und acht Rußheimer Räten. Selbst wenn die Abstimmung anders ausgegangen wäre, hätte sich das ändern können. Denn für

diesen Fall hätte der Rat darüber neu zu beschließen gehabt.

Hingewiesen wurde vorab darauf, dass die Repräsentation der Ortsteile im Rat bei einer Sitzverteilung von Elf zu Sieben nahezu ausgeglichen wäre. Ein Proporz, bei dem Rußheim keine Chance mehr hätte, betonte Erich Hager (SPD).

Er sprach sich am deutlichsten für den bisherigen Modus aus. Ansonsten wäre Rußheim „weg vom Fens-

ter“, bekräftigte er. Unzufrieden sei er über zurückliegende Beschlüsse, denen es an Einigkeit gemangelt habe.

Wie er befürchtete auch Ernst Keinath (FWV) ohne die bisherige Sitzgarantie „eine Schwächung des kleineren Ortsteils“. Schon im Disput aber zeigte sich, dass eine Mehrheit anders dachte. Erwartungsgemäß war das Meinungsbild auch innerhalb der Fraktionen divergent. Bürgermeisterin Ute Göbelbecker hatte darauf hingewiesen, dass in die-

sem Fall jeder Rat für sich entscheide. Um Missverständnissen in der Bevölkerung vorzubeugen, hatte sie ebenso als sehr wichtig klargestellt, dass eine Abschaffung den Ortschaftsrat in Bestand und Funktion in keiner Weise berühre. Dieser hatte dem Rat im Frühjahr einstimmig empfohlen, die „Unechte Teilortswahl“ beizubehalten. Diese folgte einer Sonderregelung im Kommunalwahlrecht des Landes, die einst sicherstellen sollte, dass Teilorte im Rat angemessen vertreten werden. Beschlossen, wie jetzt zeitig im Blick auf 2019, wurde darüber vor jeder Kommunalwahl neu.

Ute Göbelbecker hatte ihren eindeutigen Standpunkt dazu schon zur Bürgermeisterwahl deutlich gemacht. Sie erklärte nun, dass sie die ewigen Diskussionen um die Ortsteile nicht mehr haben wolle, die Gemeinde sich gut leisten könne, wenn Stimmen mehrheitlich

zählen. Sie votierte insofern mit „Ja“. Manfred Oberacker (CDU) sagte, dass die Zeit nun dafür reif sei und der Rat am Zug, Dettenheimer Einigkeit gegenüber der Bevölkerung zu bezeugen. Rainer Oberacker schloss sich dem an und bekräftigte, dass es nach rund 45 Jahren möglich sein sollte, dass Leute mit einer Liste antreten.

Sprach sich Jürgen Ratzel (FWV) für einen sauberen Übergang aus, der gut für Dettenheim

sei, so votierte ebenso Gretel Frenzel (SPD) dafür, diesen Schritt jetzt als Dettenheimer zu gehen. In diesem Sinn äußerte sich auch Gunnar Bolz (FWV) als „Dettenheimer“. Es sei wichtig, dass jede Stimme gleich zähle. Er denke, dass sich nichts groß ändern werde. Siegfried Lehr (SPD) sprach sich bei seiner Ablehnung moderat aus. In seinen 37 Jahren als Rat habe es seiner Ansicht nach nie Probleme mit der festgelegten Ratsbesetzung gegeben.

Sorge um Schwächung des kleineren Ortsteils

„Zeit ist jetzt reif für Einigkeit in Gemeinde“
